Schweizerisches Bundessblatt.

Jahrgang II. Band I.

N^{ro.} 17.

Dienstag, den 16. April 1850.

Man abonniert ausschließlich beim nächstgelegenen Postamt. Preis für das Jahr 1850 im ganzen Umfange der Schweiz portofrei Frkn. 3. Inserate sind frankirt an die Expedition einzusenden. Gebühr 1 Bogen per Zeile oder deren Raum.

Verhandlungen der Bundesversammlung, des
National- und Ständerathes.

Bericht

der

vom Tit. Nationalrathe niedergesetzten Kommission
zur Prüfung der Zollauslösungsverträge mit
den Kantonen.

Tit.

Die von Ihnen unterm 21. Christmonat vorigen Jahres zur Prüfung der Zollablösungsverträge niedergesetzte Kommission gibt sich hiermit die Ehre, folgenden Bericht zu erstatten.

Die diesfälligen Abschlüsse sind mit allen Kantonen, welche über Bz. 4 per Kopf ihrer Bevölkerung zu beziehen haben, zu Stande gebracht. Für jene Kantone, welchen verfassungsgemäß nur Bz. 4 per Kopf zukommen, bedurfte es keiner eigentlichen Abschlüsse.

Die abgeschlossenen Verträge haben bereits die Ratifikation der betreffenden Kantone erhalten. Bern ratifizierte einstweilen zwar nur auf die Dauer des laufenden Jahres. Dessen endschäftliche Ratifikation soll aber nicht zu bezweifeln sein. Der Bundesrath hat seinerseits die Ratifikation allen Verträgen, unter Vorbehalt definitiver Genehmigung der Bundesversammlung, ertheilt.

Wenn auch bei einigen Kantonen zu Gunsten der Eidgenossenschaft vortheilhaftere Verträge zu wünschen gewesen wären, so dürfen dennoch die erhaltenen Resultate in der Gesamtheit freudig begrüßt werden. Es gelang, zwar mitunter auf mühsamen Wegen, unter abgebrochenen und mit Unverdroffenheit wieder aufgenommenen und beharrlich fortgesetzten Unterhandlungen auf den befriedigenden Punkt zu kommen, daß einerseits wenige innere Zollbezüge fortbestehen und anderseits die für den Loßkauf im Voranschlag der Bundesversammlung vom 22. Christmonat 1849 angewiesene Summe von Fr. 1,700,000 nicht überschritten wird.

Vor einem Jahre stunden die Forderungen der Kantone gegen eine halbe Million höher, selbe waren auf Fr. 2,132,920. 84 berechnet. Nun sind mit der vorgedachten Vertragssumme nicht nur die den Transit beschwerenden Zölle, sondern überhaupt die meisten von der Tagsatzung anerkannten Zölle und zollartigen Gebühren, Weg- und Brückengelder, verbindliche Kaufhaus- und derlei Gebühren ausgelöst.

Die auf unbestimmte Zeit sich jährlich wiederholende, nach einer Anzahl von Jahren jedoch um Einiges kleiner werdende Auslage von Fr. 1,700,000 ist freilich keine geringe Last. Aber die Befreiung von einer Anzahl innerer Zölle und Weggelder, mit wenigen Ausnahmen durch das ganze Gebiet der Eidgenossenschaft, erscheint als eine der

erfreulichsten Errungenschaften der neuen Bundeseinrichtungen — eine Errungenschaft, die sowohl in materieller Beziehung als unter dem höhern Gesichtspunkte näherer, eidgenössischer Verbrüderung und vaterländischer Zusammengehörigkeit der Kantone segensreiche Früchte zu tragen nicht ermangeln wird. Mögen die dafür zu bringenden Opfer nicht schmerzen! Ohne solche und außer einem großartigen Moment nationaler Erhebung wäre die Erreichung dieses Zieles eine reine Unmöglichkeit geblieben. Die während des 1815er-Bundes vorbehaltene allgemeine Zollrevision, der das kantonale Interesse mehrerer Stände stets hindernd entgegenstand, würde es nie so weit gebracht haben. Nur schüchtern ist im Jahr 1838 in einem über das gesammte schweizerische Zollwesen an die Tagsatzung erstatteten Berichte gefragt worden: „Wird die Zeit kommen, wo man daran denkt und darauf hinarbeitet, die innern Zölle ganz zu beseitigen und dafür mäßige, nach gerechtem, billigem Verhältnisse zu vertheilende Grenzzölle einzuführen?“ Selbst der gegenwärtigen neuen Bundesverfassung schien eine umfassende Lösung der schwierigen Aufgabe bedenklich und zweifelhaft. Sonst hätte sie sich im Art. 24 nicht lediglich darauf beschränkt, nur die Auslösung der auf dem Transit lastenden Zölle und Weggelder obligatorisch zu erklären und jene der übrigen fakultativ zu belassen. Indessen wurde durch das darauf bezügliche Bundesgesetz vom 30. Juni 1849 eine sich möglichst weit ausdehnende Auslösung wesentlich erleichtert und begünstigt und nun umfassen und verwirklichen die der hohen Bundesversammlung vorzuliegenden Verträge nicht nur die gebotene, sondern zugleich größtentheils die durch die Verfassung nur als fakultativ bezeichnete Auslösung.

Bevor die Kommission in eine spezielle Würdigung der einzelnen Verträge eintritt, hält sie sich für verpflichtet, über die Art und Weise, wie sie bei deren Prüfung zu Werke gegangen, Rechenschaft zu geben. Sie glaubt sich dabei keiner Oberflächlichkeit schuldig gemacht zu haben. Die Masse und Weitläufigkeit der Akten schreckte sie vor genauer Durchsicht derselben nicht ab. Selbe hatte die bei den Unterhandlungen zur Basis gelegten Summen und deren Berichtigung nachrechnend geprüft und bei vielen Ansätzen, zumal da, wo sich einige Zweifel darboten, die Rechtsbeständigkeit derselben in den revidirten Uebersichtstabellen der Zollberechtigungen und der offiziellen Tarifensammlung nachgesucht. Sie ließ sich überdies vom Herrn Nationalrath Bischof, der als Delegirter des Bundesrathes mit den Abgeordneten der meisten Kantone die Unterhandlungen führte, in mehreren gemeinschaftlichen, anhaltenden Sitzungen mündliche Aufschlüsse geben. Selbe sind ihr auf zuvorkommende Weise, umständlich und umfassend mit großer Offenheit ertheilt worden. Auch hatte sie sich vom Vorsteher des Handels- und Zolldepartementes, Herrn Bundesrath Frei-Herose, der die ganze Zollablösungsangelegenheit überwachte und mit einigen Kantonen die Unterhandlungen selbst pflog, verdankenswerther Mittheilungen zu erfreuen.

In Beziehung der Größe des Betrages der Zolleinnahmen glaubten wir uns an die Erklärungen und eingesandten beglaubigten Rechnungen der Kantonsregierungen halten zu dürfen. Die einen gaben umständliche mit Belegen und Auszügen begleitete Rechnungen ein, die Andern begnügten sich mit mehr summarischen Zusammenstellungen. Uebrigens wird gegenwärtig der Staatshaushalt der Kantone fast überall durch Voranschläge, Rechnungsgenehmigungen und Rechenschaftsberichte in

einem solchen Maße veröffentlicht, daß kaum eine Unrichtigkeit dabei denkbar ist.

Wir werden später das Wesentlichste eines jeden abgeschlossenen Vertrages, kurz zusammengestellt, von Kanton zu Kanton, folgen lassen; jetzt zum Voraus heben wir dasjenige daraus hervor, was allen Verträgen gemeinsam ist, und wenden damit in Verbindung unsere Aufmerksamkeit auf die leitenden Prinzipien, die zu Beurtheilung derselben laut Bundesverfassung und Bundesgesetz zu Grunde zu legen sind.

Alle Verträge haben zwei Dinge miteinander gemein, nämlich, daß durch selbe auf dem betreffenden Gebiete die von der Tagsatzung bewilliget gewesenen Land- und Wasserzölle, Weg- und Brückengelder, verbindlichen Kaufhaus- und andere Gebühren dieser Art, unter geringen oder ohne Ausnahmen, aufhören, und daß die jährlich dafür bedungene Loskaufssumme minder beträgt, als der durchschnittliche Reinertrag derselben vom Jahr 1842 bis und mit 1846. Dieser im Interesse der Eidgenossenschaft nachdrücklich angestrebte und in verschiedenen Abstufungen bewirkte Minderbetrag und das Maß desselben war bei mancher Unterhandlung ein nicht leicht zu beseitigender Stein des Anstoßes.

Die Bundesverfassung anerkennt als Maßstab der Entschädigung für die Aufhebung der vorhin genannten Gebühren den gedachten Durchschnittsertrag von fünf Jahren, ohne dabei einer Ausnahme für Gebühren, die auf dem Verbrauch lasten, zu erwähnen, nur gibt sie das Merkmal an, daß die zu entschädigenden Gebühren von der Tagsatzung anerkannt seien. Deswegen gingen einige Kantone von der Ansicht aus, es könne ihnen auf der Entschädigung solcher von der Tagsatzung anerkannter Gebühren rechtlich kein Abzug zugemuthet werden, ob-

schon der Art. 56 des Bundesgesetzes über das Zollwesen besagt, es sei dießfällg mit den Kantonen unter Berücksichtigung des Grundsatzes in Unterhandlung zu treten, daß bei denjenigen Kantonen, wo mit den Zöllen Verbrauchssteuern vermischt sind, für diese Gebühren, soweit sie auf die Konsumtion dieser Kantone fallen, verhältnißmäßige Abzüge stattfinden.

Man muß bekennen, der Rechtsboden hierüber dürfte nicht ganz klar ausgemittelt, sicher und zuverlässig sein. Die daherige Klippe wurde so fatal, daß einige Unterhandlungen Gefahr liefen, daran zu scheitern. Allein der Geist der Ausgleichung überwand durch Annäherungen die Differenzen. Man nahm mißglückte Unterhandlungen neuerdings zur Hand, suchte sich zu belehren und handelte und marktete in der Aussicht des Gelingens auf eidgenössischen Sinn bauend, unverdroffen fort, bis eine Verständigung erfolgte und sich endschastlich alle Kantone zu einem mehr oder weniger bedeutenden Abzuge an dem als Maß bezeichneten Durchschnittsertrag bequerten. Ein prinzipieller Maßstab für die Abzüge konnte unter solchen Verhältnissen unmöglich bei allen Kantonen eine durchgängige Anwendung finden; die richtige Ausmittlung desselben wäre ohnehin an und für sich äußerst schwierig, wenn nicht unerreichtbar, gewesen.

Nach diesen Voraussetzungen schreiten wir zur namentlichen Behandlung der mit den Kantonen abgeschlossenen Verträge. Vorher berühren wir aber noch kürzlich jene Kantone, mit denen es keines Vertrages bedurfte, indem selbe durch die Entschädigung der Bz. 4 per Kopf ihrer Bevölkerung mehr empfangen, als alle auf ihrem Gebiete aufzuhebenden zollartigen Gebühren betragen. Diesen Kantonen wurde nach Beschluß des Bundesrathes vom Handels- und Zolldepartement nur die Anzeige ge-

macht: daß ihre Kantonalzölle, Weg- und Brückengelder, obligatorische Kaufhaus- und andere derartige Gebühren vom Tage der Vollziehung des schweizerischen Zollgesetzes an nicht mehr bezogen werden sollen.

Auf den Bezug von Bz. 4 per Kopf, nach der Volkszählung von 1838 sind nachstehende Kantone angewiesen. Selbe erhalten demnach:

	Kopffzahl	Fr. Rp.
Zürich	231,576	92,630. 40
Luzern	124,521	49,808. 40
Schwyz	40,650	16,260. —
Obwalden	12,368	4,947. 20
Glarus	29,348	11,739. 20
Zug	15,322	6,128. 80
Appenzell A.-Rh.	41,080	16,432. —
Appenzell J.-Rh.	9,796	3,918. 40
Neuenburg	58,616	23,446. 40

Einige der benannten Stände beziehen jedoch Konsumgebühren auf Wein und geistigen Getränken, nämlich Luzern, Obwalden, Glarus und Zug.

Nidwalden

reicht sich an die Zahl der Kantone an, welchen per Kopf Bz. 4 zukommen. Dieser Kantonsstheil bei einer Bevölkerung von Seelen 10,203 hat zwar mehr als Bz. 4 per Kopf bezogen, sein Durchschnittsbetrag geht auf Fr. 7,550. 03. Ein bedeutsamer Theil seiner bezogenen Gebühren sind aber offenbar als Konsumabgabe zu betrachten, weswegen er sich auf die Entschädigung von Bz. 4 per Kopf, nämlich auf die Summe von Fr. 4,081. 20 beschränkt, wobei ihm jedoch ein Konsum-

fortbezug auf Wein und geistigen Getränken nach einem dem Bundesrath vorgelegten Tarife gestattet wird.

Nun folgen die Kantone, mit denen förmliche Verträge unterhandelt und auf Genehmigung der h. Bundesversammlung abgeschlossen vorliegen.

Bern

empfängt für eine Bevölkerung von 407,913 Seelen Fr. 175,000 oder circa $42\frac{9}{10}$ Rappen per Kopf (nämlich Fr. 11,834. 80 mehr als Bz. 4 per Kopf). Seine ursprüngliche Forderung bestund in Fr. 211,406. 83 ohne Einbegriff der nicht abgelösten Brückengelder. Nach gehöriger Reduktion wegen unbewilligter Lizenzgebühren und des Tabakzolles stellte sich diese Summe auf Fr. 181,675. 69. Für mit den Zöllen verbundene Konsumogebühren ließ sich Bern einen Abzug von Fr. 6675. 69 oder circa Rp. $1\frac{3}{5}$ per Kopf gefallen.

Alle Zölle, Weg- und Brückengelder oder irgend sonstige verbindliche Gebühren sind durch die Uebereinkunft aufgehoben, mit Ausnahme:

- a. Gebühren oder Steuern auf Wein und geistigen Getränken.
- b. Bis 1854 die den Transit nicht beschlagenden Brückengelder zu
 - zu Hunziken.
 - zu Thalgut.
 - zu Brügg.
- c. Bis zur Tilgung des Baukapitals das Brückengeld der Nydeckbrücke, wobei die untere Brücke im guten Zustande zu erhalten ist.

Die Kommission bedauert, daß Bern das Bundesgesetz über das Zollwesen, welches für mit den Zöllen

verbundene Verbrauchssteuern verhältnismäßige Abzüge fordert, nicht mehr berücksichtigt und sich nicht zu einem größern Abzug verstanden hat. Die Unterhandlung mit diesem Stande war schwierig. Seine Regierung glaubte in Folge der Bundesverfassung für die loszukaufenden Gebühren die volle Entschädigung nach dem Durchschnittsertrag der fünf maßgebenden Jahre ansprechen zu sollen und es dürfe höchstens ein Abzug von der Ueberschußsumme, in so ferne sie über die vier normalen Bazen hinausgeht, anzuerkennen sein. Die Gegenbemerkungen darüber fanden wenig Eingang. Eine frühere um eine geringere Summe (Fr. 163,165 Rp. 20) abgeschlossene Uebereinkunft konnte die Ratifikation der Regierung nicht erhalten, die jetzt vorliegende erhielt sie nur provisorisch auf die Dauer des laufenden Jahres. Es sei jedoch an der definitiven Ratifikation nicht zu zweifeln. Die Regierung beabsichtigt, die für die Ablösung des Nydeckbrückengeldes abgebrochene Unterhandlung wieder anzuknüpfen. Wir lassen dieß einstweilen hingestellt.

Was den abgeschlossenen Vertrag selbst betrifft, so hätte die Kommission gewünscht, derselbe böte bezüglich des Abzuges für Konsumo ein für die Eidgenossenschaft günstigeres Resultat; sie glaubt aber dessen ungeachtet auf Genehmigung desselben antragen zu sollen, theils aus Betrachtungen, die sie bereits vorhin auf allgemeinere Weise über die schwierige Frage der Abzüge für Konsumo angestellt hat, theils weil Bern bei einem ausgedehnten Straßenbau nur ein Geringes (Rp. 2⁹/₁₀) über den kleinsten Entschädigungsbetrag von Bz. 4 per Kopf zu beziehen hat.

U r i

empfängt für eine Bevölkerung von 13,519 Seelen :

a. Auf unbeschränkte Zeit	Fr. 22,000
b. Bis zu Tilgung des Straßenbaukapitals auf der Straße von Göschenen	„ 17,000
c. Bis 1. Dezember 1864	„ 15,000

Gegenwärtig Fr. 54,000

oder circa Fr. 3 Bz. 9 Rp. $9\frac{2}{5}$ per Kopf (nämlich Fr. 48,592 Rp. 40 mehr als Bz. 4 per Kopf). Auf unbeschränkte Zeit trifft es per Kopf Fr. 1 Bz. 6 Rp. $2\frac{1}{10}$. Auf beschränkte „ 2 „ 3 „ $6\frac{7}{10}$.

Die Einnahmen für Zölle betragen Fr. 64,525. 04

Nach Abzug für Schneebruch „ 3,870. 02

bleiben Fr. 60,655. 02

Dem Stand Uri wurde, theils wegen Konsumo, theils weil die Schneebruchskosten weit mehr als die dafür in Abzug gebrachten Gebühren betragen, im Ganzen abgezogen „ 6,655. 02

Also die stipulirte Summe Fr. 54,000. —

Rechnet man der Schneebruch werde Fr. 8000 kosten, so entstände ein Konsumoabzug von Fr. 2525. 04 oder circa Rp. $18\frac{4}{5}$ per Kopf.

Uri kann seine Konsumogebühren auf Wein und andern geistigen Getränken fortbeziehen. Der Schneebruch auf der Gotthardsstraße wird vom Bunde übernommen. Noch ist zu bemerken, daß der Zoll auf der untern Straße, für welche hier Fr. 15,000 ausgesetzt sind, nur bis 1. Dezember 1854 bewilliget ist, während die Uebereinkunft diese Bewilligung auf weitere zehn Jahre, also bis 1. Dezember 1864, ausdehnt.

So groß hier die Entschädigungssumme ist, zumal im Verhältniß zur Kopfzahl der Bevölkerung, so nimmt dessen ungeachtet die Kommission in Berücksichtigung des äußerst kostspieligen Bergstraßenbaues keinen Anstand, auf Genehmigung anzutragen.

Eine Minderheit trug Bedenken, den Schneebruch dem Bunde aufzubürden, weil die Unkosten dafür vom Kanton leichter und wohlfeiler bestritten werden könnten, als durch die Bundesverwaltung; sie wollte jedoch den Vertrag nicht rückgängig machen und vereinigte sich daher mit dem Antrag der Mehrheit auf Genehmigung.

Freiburg

empfängt für eine Bevölkerung von 91,145 Seelen
Fr. 37,000 oder circa Rp. $40\frac{3}{5}$ per Kopf (nämlich
Fr. 5420 mehr als die Bz. 4 per Kopf). Seine ur-
sprünglich gestellte Forderung von . Fr. 38,551. $26\frac{1}{2}$
vermehrte sich durch hinzugekommene
Kaufhausgebühren der Stadt Frei-
burg um „ 7,278. 27

auf Fr. 45,829. $53\frac{1}{2}$

Der mit Freiburg übereingekommene Abzug beträgt Fr. 8829. 53, wovon circa Rp. 5 per Kopf für Konsumo, das Uebrige für Kaufhausgebühren und Anderes abgezogen wurde.

In Folge der Uebereinkunft wird der Kanton Freiburg von allen innern Zöllen, Weg- und Brückengeldern, verbindlichen Kaufhausgebühren u. dergl. befreit, mit Ausnahme der großen Drathbrücke, auf welcher der Brückenzoll noch ferner nach den Vorschriften der durch die Tagsatzung genehmigten Konzession bis zum Ablauf

derselben erhoben werden darf. Die Auslösung dieses kostbaren Brückengeldes (wenigstens Fr. 16,000 jährlich) wurde um so eher unterlassen, als der Verkehr und der Transithandel in keinem besondern Grade durch dasselbe beschlagen wird.

Da sich Freiburg zu einem nicht unbedeutenden Abzug verstanden hat, so empfiehlt die Kommission die Genehmigung des Vertrages; sie hält ferner dafür, es sollte dem Stande Freiburg bezüglich der Gestattung des Brückengeldes auf der Gotteronbrücke kein Hinderniß in Weg gelegt werden. Für diese Brücke wurde zwar nie eine Bewilligung der Tagsatzung zur Erhebung des Brückengeldes weder begehrt noch ertheilt; selbe ist mit der großen Eisenrathbrücke auf eine ganz eigene Weise verbunden, und zwar so, daß wer auf der einen Brücke das Brückengeld bezahlt, dasselbe nicht mehr auf der andern bezahlen muß, wesswegen die Regierung von Freiburg beide Brücken als ein Werk, als identisch betrachtet.

Außer diesem Brückengeld, oder zwei Brückengeldern, wenn man selbe als zwei rechnen will, kann Freiburg nichts weiteres erheben, als die nicht eingelöste Verbrauchssteuer auf Wein und geistigen Getränken.

S o l o t h u r n

empfängt für eine Bevölkerung von 63,196 Seelen Fr. 32,000 oder circa Rp. 50³/₅ per Kopf (nämlich Fr. 6721. 60 mehr als Bz. 4 per Kopf). Darunter sind nicht einbegriffen die Hauensteinzölle, für deren Auslösung eine eigene Konvention besteht. Seine Forderung stellte sich ohne die Hauensteinzölle auf Fr. 34,897. 24. Davon wurden ihm abgezogen Fr. 2897. 24, theils für

Konsumo, theils für nie bewilligtes Ladergeld und noch Anderes. Der Abzug für Konsumo beträgt circa Rp. 3 per Kopf.

In Solothurn sind alle Zölle und zollartigen Gebühren ausgelöst und es dürfen außer den Konsumogebühren für Wein und geistige Getränke nur noch die nicht verbindlichen Kaufhausgebühren für Dienstleistungen bezogen werden.

Die Kommission trägt auf Genehmigung der Konvention an, obwohl sie auch hier gern einen größern Abzug für die mit den Zöllen verflochtenen Konsumogebühren gesehen hätte.

B a s e l = S t a d t

empfängt für eine Bevölkerung von 24,321 Seelen Fr. 104,000 oder circa Fr. 4. 27 $\frac{3}{5}$ per Kopf (nämlich Fr. 94,271. 60 mehr als Bz. 4 per Kopf).

Die Forderung belief sich auf Fr. 114.263. 25.

Von dieser Summe wurden zuerst in Abrechnung gebracht für nie bewilligtes Plombiergeld, für nicht ausgelösten Viehpfundzoll und für Konsumopfundzoll Fr. 6,073. 44

Dann für mit den Zöllen vermischte Konsumogebühren circa Rp. 17 $\frac{1}{5}$ per Kopf „ 4,190. —

Also Gesamtabzug Fr. 10,263. 44

Basel-Stadt verzichtet vermöge der Uebereinkunft auf alle Zölle und zollartigen Gebühren jeder Art, mit einziger Ausnahme, daß es den Viehpfundzoll und die Konsumogebühren auf Wein und geistigen Getränken fortbeziehen kann.

Die Rheintransitzölle wird die Eidgenossenschaft unverändert und direkte beziehen, bis dieselben überhaupt vertragsgemäß mit Baden geregelt sein werden. Die Eidgenossenschaft hat das Recht vorbehalten, das Kaufhaus theilweise gegen Miethzins und Unterhaltspflicht zu benutzen. Dieselbe kann auch das Kornhaus als solches gegen Fr. 350 jährliche Unterhaltskosten gebrauchen.

Stadt-Basels Loskauf ist nach Kopffzahl berechnet, weitaus der höchste; mehr als das zehnfache der normalen Entschädigung von Bz. 4; nur der von Uri kömmt ihm nahe, welchem Stande jedoch noch die Schneebbruchskosten abgenommen werden.

Basels besonders große Zollertragssumme erklärt sich durch die außerordentliche kommerzielle Rührigkeit und Thätigkeit seiner Einwohner und die für den Handel äußerst günstige geographische Lage. Sonst wäre die Auflage auf den einzelnen Zentnern gering und der Bezug war selbst unter dem Maß, zu dem Basel die Berechtigung vorzuweisen im Falle ist. Den Wunsch vermag die Kommission nicht zu unterdrücken, daß dieser reichbegabte Stand sich zu einem größern Abzuge von der ihm zukommenden Entschädigungssumme verstanden hätte, der rechtliche Standpunkt ist aber so, daß sie auf Genehmigung des Vertrages antragen muß.

B a s e l = L a n d

empfängt für eine Bevölkerung von 41,103 Seelen Fr. 45,400 oder circa Fr. 1 Bz. 1 Rp. $\frac{1}{2}$ per Kopf (nämlich Fr. 28,958. 80 mehr, als der Betrag mit Bz. 4 per Kopf). Diese Entschädigung begreift die Hauensteinzölle nicht in sich, für die eine besondere Konvention besteht.

Mit gedachter Entschädigung sind alle Zölle, Weg- und Brückengelder und sonstige derlei Gebühren aufgehoben, so daß Basel-Land nur noch der Bezug von Gebühren auf Wein und geistigen Getränken vorbehalten bleibt.

Die Forderung von Basel-Land betrug ohne Haus- steinzölle Fr. 46,872. 16
in Abzug wurden gebracht . . . „ 1,472. 16
oder circa Rp. $3\frac{3}{5}$ per Kopf.

Die Kommission hätte auch hier gern einen größern Abzug für mit den Zöllen verflochtene Konsumogebühren gesehen, sie trägt jedoch auf Genehmigung an. —

Schaffhausen

empfängt für eine Bevölkerung von 32,582 Seelen Fr. 46,000 oder circa Fr 1. $40\frac{1}{5}$ per Kopf (nämlich Fr. 32,967. 20 mehr als den Betrag der Bz. 4 per Kopf).

Die Forderung von Schaffhausen belief sich auf Fr. 50,827. 93. Davon wurden aber zuerst abgezogen Fr. 1,033. 91 für Zoll auf fremden Weinen, deren Bezug fortbesteht. Es wurden ferner noch in Abrechnung gebracht Fr. 3,794. 02 oder circa Rp. $11\frac{3}{5}$ per Kopf. Dieser Abzug wurde hauptsächlich für in den Zöllen einbegriffenen Konsumo gemacht.

Gegen obige Entschädigung werden mit Ausnahme der Gebühren auf fremden Weinen alle Zölle, Weg- und Brückengelder und derlei verbindliche Gebühren jeder Art aufgehoben.

Nicht unbemerkt darf gelassen werden, daß die Bewilligung der Brückengelder in Schaffhausen und Stein 1852 auslaufen würden und, weil in der Uebereinkunft

hievon nichts angemerkt ist, die dießfällige Entschädigung auf unbestimmte Zeit ausgedehnt wird.

Die Kommission hielt es für Pflicht, solches zu bemerken, glaubt aber nicht, daß dadurch die Ratifikation gehindert werden soll und fügt als Erläuterung bei: In der eingegebenen Uebersicht der Zollertragnisse sind die Kaufhausgebühren nicht aufgeführt, selbe wurden aber gestützt auf die Dotationsurkunde der Stadt Schaffhausen bezogen. Der Betrag dieser Gebühren war in gedachter Urkunde auf fl. 220 fr. 28 angegeben, während die Abordnung von Schaffhausen fl. 1,793 fr. 53 als Entschädigung forderte; diese wurde nicht admittirt, aber zu Erzielung einer Verständigung desto eher die temporäre Bewilligung der Brückengelder zu Schaffhausen und Stein in die Auslösungssumme auf unbestimmte Zeit aufgenommen. Wir tragen auf Genehmigung des Vertrages an.

St. Gallen

empfängt für eine Bevölkerung von 158,853 Seelen Fr. 118,000 oder circa Rp. $74\frac{1}{5}$ per Kopf (nämlich Fr. 54,458. 80 mehr, als es ihm mit Dz. 4 per Kopf treffen würde).

Die erste Forderung war auf Fr. 128,419. 95 gestellt, davon wurden zum Voraus abgerechnet für Handleistungen im Kornhaus in Rorschach unter Abzug von Bezugskosten Fr. 1,257. 92; dann Fr. 2,576. 51 für Fortbezug der Gebühren im Tuchhaus in St. Gallen und in den Kornhäusern in St. Gallen und Altstätten. Die auf diese Weise berichtigte Forderungssumme betrug noch Fr. 124,585. 52. Einen fernern Abzug für in den Zöllen liegende Konsumgebühren zu gestatten, lehnte St. Gallen sehr entschieden ab, behauptend, es könne

ihm schon aus dem Grunde kein Abzug gemacht werden, weil seine Weg- und Brückengelber sich zur Unterhaltung der Straßen verwenden und den betreffenden Gemeinden keine weitem Opfer zuzumuthen seien, und überdies die St. Gallischen Zölle keinerlei Verbrauchssteuern in sich enthalten, indem der Eingangszoll von Fr. 3 per Zentner als nichts Anderes, als eine Vereinfachung der frühern bestandenen Landzölle betrachtet werden müsse. Nach längerem Widerstand ließ sich St. Gallen nur unter der Bedingung einen daherigen Abzug gefallen, wenn es nicht genöthiget werde, nach Ablauf der Frist, für welche ihm der Bezug einiger Gebühren bewilliget war, um deren Erneuerung einzukommen, sondern man alle diese Gegenstände in globo und gleich behandle. Der jährliche durchschnittliche Ertrag der auf Zeit beschränkten Weg- und Brückengelber erreicht die Summe von Fr. 7,447. Es blieb dem Delegirten des Bundesrathes nur die Wahl, sich hiefür nachgiebig zu erzeigen, oder auf das Zustandbringen eines Vertrages zu verzichten. Endlich kam man unter Zugabe eben besagter Bedingungen überein, für Konsumo einen Abzug von Fr. 9,585. 52 anzunehmen. Dieser Abzug reduzirt sich jedoch auf Fr. 6,585. 52 oder circa Rp. $4\frac{1}{7}$ per Kopf, weil in Folge der Verständigung über die Werthung der bei der Bezahlung zu gebrauchenden Geldsorten die Loskaufsumme von Fr. 115,000 auf Fr. 118,000 festgestellt wurde.

Die Unterhandlung mit St. Gallen war eine der schwierigern, indessen glaubt die Kommission das Resultat als annehmbar bezeichnen zu sollen und trägt demnach auf Genehmigung der Convention an.

G r a u b ü n d e n

empfängt für eine Bevölkerung von 84,506 Seelen Fr. 210,000 oder circa Fr. 2. 48½ per Kopf (nämlich Fr. 176,197. 60 mehr als nach dem Maßstab von Bz. 4 per Kopf).

- a. Fr. 120,000 werden jährlich auf unbestimmte Zeit an Graubünden verabfolgt.
- b. „ 45,220 für Straßenprämien bis zu Tilgung des Aktienkapitals nebst 4 % Zins, laut Tagsatzungsbeschluß vom 17. August 1843.
- c. „ 44,780 bis zum Jahr 1860, wo dann aber Graubünden vorbehalten bleibt, für weitere Fortdauer einzukommen. Von dieser Summe wäre sonst der Bezug von circa Fr. 44,000 nur bis 1850 und circa Fr. 800 bis 1852 — 1858 bewilliget gewesen.

Die anfängliche Forderung Graubündens belief sich auf Fr. 345,288. 68. Darunter befanden sich aber unter den Titeln, alter Tilgungsfond, neue Verbrauchssteuer und Wirthschaft bei der Lardisbrücke, Gebühren, die von der Tagsatzung nie genehmiget wurden, für die Summe von Fr. 112,727. 40.

Die Beseitigung dieser beträchtlichen Posten fand bündnerischer Seits vielfachen Anstand, und als von weiterm Abzug für in den Zöllen liegenden Konsumo und von bevorstehender naher Erlöschung des Weggeldes auf der untern und obern Straße über den Julierberg nach Silvaplana und über den Splügen die Rede kam, so schien eine Verständigung mit diesem Stand beinahe unmöglich zu werden. Nur ausharrende Geduld, man-

nigfache gegenseitige Belehrung und Entgegenkommen eröffneten wieder die beinahe ganz verdunkelte Aussicht zu einem Resultat. Endlich ergab sich doch ein Abschluß und zwar, wie wir glauben, ein solcher, der für beide kontrahirenden Theile befriedigend genannt werden kann. Der vorhin bezeichnete Abzug von Fr. 112,727. 40 wurde zugegeben und darüberhin ein fernerer Abzug für mit den Zöllen verbundene Konsumgebühren im Betrag von Fr. 22,561. 28, wovon Fr. 5,717. 17 auf die Holzzölle fallen, so daß der Konsumabzug Fr. 16,844. 11 oder nahe an Rp. 20 per Kopf betrüge. In Folge dieser Abzüge kam man auf die bereits genannte vertragsgemäße Summe von Fr. 210,000. Die Verabfolgung der Entschädigung würde nach Vorschrift des Art. 35 der Bundesverfassung eingestellt, wenn der Stand Graubünden Straßen und Brücken nicht im gehörigen Zustand erhielt.

Durch diese Vertragssumme ist Bünden für alle seine Zölle entschädigt, selbst für jene auf kleinern Nebenwegen gegen die Alpen und einzelne Ortschaften. Die Auslösung dieser Nebenwege bot zwar wenig unmittelbares eidgenössisches Interesse, aber wir freuen uns derselben, weil sie wohlthätig für das Innere des Landes und zu Gunsten jener Bergdörfer wirkt, die von der Verbindung mit andern Menschen beinahe getrennt sind. Auch ist der Ertrag derselben nicht bedeutend, und ihre Auslösung hat dazu beigetragen, daß Bünden in die berührten bedeutsamen Abzüge geneigter eingewilligt hat.

Die Kommission trägt auf Genehmigung der Konvention an, im Sinne des bundesrätlichen Antrages, nämlich in dem Verstand und mit der beigefügten Bemerkung, daß im Kanton Graubünden alle und jede Zölle, Weg- und Brückengelder, verbindliche Kaufhaus-

u. dgl. Gebühren abgelöst seien, weil dieß im Vertrag nicht hinlänglich bestimmt erscheint.

M a r g a u

empfängt für eine Bevölkerung von 182,755 Seelen Fr. 107,000 oder circa Rp. 58½ (nämlich Fr. 33,898 mehr als nach dem Maßstab von Bz. 4 per Kopf.)

Nach der zuerst gestellten Rechnung zeigte sich eine Forderung von Fr. 132,228. 92. Davon zogen sich Fr. 9,323. 09 ab, theils für nicht ausgelöste Zölle und Gebühren, als Brückengelder bei Narburg, Laufenburg, theils für beträchtliche Posten von Kaufhausgebühren, welche auf allen übrigen Plätzen, mit Ausnahme von Zurzach, als unverbindlich nachgewiesen wurden. Auf diese Berichtigung hin kam es an die Frage über die bei den Zöllen versteckten Konsumgebühren. Murgau willigte in den weitem Abzug von Fr. 15,905. 83 (circa Rp. 9 per Kopf), hauptsächlich für Konsum ein, so daß die vertragsgemäße Entschädigung auf die vorhin genannte Summe von Fr. 107,000 gestellt wurde.

Der Kanton Murgau kann seine Gebühren auf Wein und geistigen Getränken innert den Schranken des Art. 32 der Bundesverfassung fortbeziehen, sowie andere den allgemeinen Verkehr wenig belästigende Gebühren und die Brückenzölle bei Narburg und Laufenburg u. s. w. nach Inhalt der Uebereinkunft und einem dazu gehörigen Verzeichnisse. Wenn es auffallen sollte, daß die verbindlichen Kaufhausgebühren von Zurzach nicht ausgelöst sind, so ist zu bemerken, daß der dießfällige Loskauf durch die überspannten Forderungen der Gemeinde Zurzach gehindert worden. Das Interesse der Eidgenossenschaft gestattete nicht, hiefür große Opfer zu bringen, da die Bedeutung der Zurzachermesse von Jahr

zu Jahr abnimmt und es demnach unvorthellhaft gewesen wäre, Gebühren einzulösen, welche auf einen höhern Durchschnittsertrag früherer Jahre berechnet, in wenigen Jahren wesentlich vermindert würden.

Die Kommission hält die Uebereinkunft mit dem Stande Aargau für empfehlungswerth und trägt auf Genehmigung desselben an.

T h u r g a u

empfängt für eine Bevölkerung von 84,124 Seelen Fr. 45,000, oder per Kopf circa Rp. 53½ (nämlich Fr. 11,350. 40 mehr als Bz. 4 per Kopf).

Die Forderungen Thurgau's beliefen sich auf Fr. 49,828. 60. Dagegen konnten keine Einwendungen erhoben werden, die Rechnungen, welche hiefür vorlagen, waren klar und bestimmt. Weniger klar und bestimmt war die später eingegebene nachträgliche Entschädigungsforderung über Gredz-, Abfahrts- und Schiffahrtsgebühren an den Uferplätzen des Bodensee's, wie z. B. bei Steckborn, Arbon &c. &c., welche zwar in der von der Tagsatzung genehmigten offiziellen Sammlung vorkommen, ohne daß über deren Betrag von der thurgauischen Abordnung hinlängliche Nachweisungen gegeben werden konnten. Der nachgewiesene jährliche Ertrag dürfte auf nicht mehr als circa Fr. 875 steigen.

Eine bedeutsame Schwierigkeit erhob sich ferner dadurch, daß unter den Weg- und Brückengeldern sich für circa Fr. 16,000 solche befinden, die von zehn zu zehn Jahren erneuert wurden, und deren letzte Bewilligung höchstens bis zum Jahre 1858 geht. Der Abgeordnete Thurgau's wollte zu einem Abzug für in den Zöllen und Weggeldern einbegriffene Konsumgebühren, indem er die rechtliche Begründung dazu bestritten hatte, nur

unter der Bedingniß einwilligen, daß die auf Termin bewilligten Gebühren, gleich wie jene auf unbeschränkte Zeit, in die Entschädigungssumme aufgenommen werden. Unter dieser Zugabe oder Voraussetzung kam man über einen Abzug, hauptsächlich für Konsumo, für Fr. 4828. 60 überein, nämlich für circa Rp. $5\frac{3}{4}$ per Kopf und setzte dann, ohne den vorhin berührten wenig bestimmt angegebenen Betrag der Gred- und Schiffahrtsgebühren näher auszumitteln, die Loskaufssumme auf Fr. 45,000. Dafür werden im Kanton Thurgau alle und jede Ein- und Ausgangszölle, Wasserzölle, Weg- und Brückengelder, Sust- und Gredgelder 2c. 2c. aufgehoben.

Würde es Bedenken veranlassen, daß Fr. 16,000 auf Termin bewilligter Gebühren in die auf unbestimmte Zeit zugestandene Entschädigungssumme aufgenommen wurden, so wolle man dagegen in die Waagschale legen, daß die Gred- und Schiffahrtsgebühren 2c. hierbei gar nicht in Rechnung gebracht sind, obwohl selben eine tag-satzliche Anerkennung zukömmt, und daß von Thurgau, ungeachtet der Einwürfe dagegen, verhältnißmäßig zu einem, wenn nicht großen, doch beachtungswerthen Abzug für Konsumo eingewilliget worden.

Die Kommission glaubt die Genehmigung des Vertrages empfehlen zu dürfen, weil der Bezug von Thurgau das Maß von Bz. 4 nicht bedeutend übersteigt, dieser Stand übrigens eine ausgedehnte Grenzlinie gegen das Ausland bildet und demselben der Unterhalt einer Menge Straßen in mannigfachen Richtungen obliegt, deren neue Erbauung ihn bei geringen Mitteln schwere Opfer gekostet hat.

L e s s i n

empfängt für eine Bevölkerung von 113,923 Seelen Fr. 190,000 oder circa Fr. 1. $66\frac{4}{5}$ per Kopf (nämlich

Fr. 144,430. 80 mehr als das Betreffniß nach dem Maßstab von Bz. 4 per Kopf).

Die von Tessin eingegebene Forderung bestand in Fr. 323,249. 86. Hievon wurden zuerst in Abrechnung gebracht Fr. 113,297. 86, wovon circa $\frac{1}{10}$ für nicht anerkannte Forderungen, Fr. 1428. 50 brutto für Schneebruchgebühren und das Uebrige für Konsumo berechnet ist. Bei weiterer Unterhandlung wurden noch ferner Fr. 19,952 in Abrechnung gebracht, nach summarischem Anschlag, theils als weiterer Konsumoabzug, theils weil nach der getroffenen Uebereinkunft der Schneebruch dem Kanton Tessin abgenommen wird. Dagegen wurde ihm, wie es eine Separatübereinkunft näher zeigt, mit Ausnahme gewisser Artikel, an der italienischen Gränze die Erhebung von Konsumogebühren nach dem frühern Gesetz gestattet. Dieses sieht die Kommission ungern und wünscht sehr, daß von dieser Befugniß ein möglichst beschränkter Gebrauch gemacht, und sobald die Umstände eine derartige Finanzreform erlauben, gänzlich darauf verzichtet werde; es liegt im Interesse der tessinischen Bevölkerung selbst, neben dem eidgenössischen Zoll nicht noch mannigfache kantonale Konsumozölle bestehen zu lassen. Tessin führt an, daß die große Einbuße, die es an der bisherigen Zolleinnahme nach der Konvention erleide, ihm eine solche Gestattung nothwendig machen, und daß ohne selbe die einverständenen Abzüge an der Zollentschädniß für seinen Staatshaushalt erdrückend wären. Ihm liege, ohne anderer Bedürfnisse zu gedenken, fortbauern ein äußerst kostspieliger Unterhalt von Bergstraßen ob, für deren erste Erbauung gegenwärtig noch eine Schuld von circa $3\frac{1}{2}$ Millionen Schweizerfranken auf selben lasten.

Wenn wir diesen Betrachtungen ihr Gewicht nicht

nehmen wollen, so müssen wir dennoch von unserm Standpunkte aus den Antrag auf Genehmigung der diesfälligen Konvention vorzüglich darauf begründen, daß sich Tessin wirklich, wie wir vorhin in Zahlen zeigten, sehr bedeutsame Abzüge für mit den Zöllen verbundene Konsumgebühren hat gefallen lassen. Wir tragen wesentlich in dieser Beziehung auf Genehmigung der Konvention an.

Hier ist zu wiederholen, was bereits bei Uri wegen Uebernahme des Schneebruchs durch die eidgenössische Verwaltung gesagt wurde, daß nämlich eine Minderheit der Kommission diese Uebernahme des Schneebruchs über den Gotthard nicht billige, jedoch sich deswegen vom Antrag der Mehrheit nicht trenne.

Außer den gedachten Konsumgebühren auf den aus Italien kommenden Gütern und dem Brückengeld zu Melide hören alle und jede dem Kanton Tessin bewilligten Zollbezüge auf.

W a a d t

empfängt für eine Bevölkerung von 183,582 Seelen Fr. 152,000 oder circa Rp. 82 $\frac{1}{2}$ per Kopf (nämlich Fr. 78,567. 20 mehr als das Betreffniß von Bz. 4 per Kopf).

Die Forderung von Waadt bestund in Fr. 168,990 Rp. 20. Dieser Kanton setzte sich prinzipiell einem Abzug von mit den Zöllen verbundenen Konsumgebühren entgegen, obwohl gerade das waadtländische Gesetz es ist, welches am offenbarsten eine Menge solcher Gebühren als Eingangszoll enthält. Darüber hatten während der Unterhandlung, ihrer Unterbrechung und Wiederaufnahme derselben weitläufige Diskussionen statt. Waadt beharrte auf seiner Behauptung, daß die von

der Tagsatzung genehmigten Zollbezüge, wenn man solche aufhebe, nach dem Durchschnitt ihres Ertrages von 1842 bis 1846 vollständig zu entschädigen seien, und daß von einem Abzuge unter dem Titel von mit den Zöllen verbundenen Konsumgebühren rechtlich keine Rede sein könne. Eine zuerst abgeschlossene Konvention wurde von der Regierung nicht genehmiget und der Abschluß einer zweiten wäre beinahe unmöglich geworden. Nur das Erkennen und die Einsicht ihrer Nothwendigkeit brachten selbe zu Stande. Sie gelang durch beidseitige Nachgiebigkeit. Waadt gestattete endschafflich auf seiner Forderung einen Abzug von Fr. 16,990. 20 und so kam die vertragsgemäße Entschädigungssumme auf Fr. 152,000 zu stehen.

So gering dieser Abzug (circa Rp. 9¼ per Kopf) im Verhältniß der sehr beträchtlichen Eingangsgebühren dieses Kantons erscheinen mag, so trägt die Kommission dennoch auf Genehmigung der Konvention an.

Im Kanton Waadt sind alle Land- und Wasserzölle, Transit- und Ausgangszölle, Weg- und Brückengelder u. s. w. aufgehoben, mit Ausnahme der Brückengelder zu Chessel und Colombey bis zum Ablauf der Bewilligungen. Dann behält sich der Kanton Waadt das Recht vor, eine Konsumtionsgebühr von den Weinen und andern geistigen Getränken fremden Ursprunges zu erheben, verzichtet hingegen auf das Recht einer Konsumtionsgebühr von Weinen und geistigen Getränken schweizerischen Ursprunges.

Ballis

empfängt für eine Bevölkerung von 76,590 Seelen Fr. 70,000 oder circa Rp. 91⅔ per Kopf (nämlich Fr. 39,364 mehr als den Betrag von Bz. 4 per Kopf).

Seine Forderung beträgt nach Abrechnung der nicht ausgelösten Brückengelder Fr. 115,224. 28.

Es darf nicht unbeachtet bleiben, daß die Zolltarife von Wallis, wie sie sich in einer Reihe von Jahren ohne Bewilligung der Tagsatzung änderten, keine rechtsgültige Anerkennung haben, mit Ausnahme der Eingangs- und Ausgangszölle, die 1848 von der Tagsatzung für ein Jahr provisorisch gutgeheißen wurden. Deswegen ist obige Ansprache auf die Entschädigungssumme von Fr. 70,000 reduziert worden, welche Summe nicht viel höher gehen wird, als der früher von der Tagsatzung bewilligte Zoll betragen dürfte. Genau auszumitteln, was die alten förmlich bewilligten Zölle abgeworfen hätten, wäre kaum möglich, einmal nicht nach den vorliegenden Rechnungen. Hingegen in Beziehung des Bedürfnisses giebt die mitgetheilte Uebersicht der auf den Straßenbau verwendeten Ausgaben einen Anhaltspunkt. Selbe weisen dafür einen durchschnittlichen Betrag von Fr. 80,262 nach.

In Würdigung, daß Wallis schon früher einen ziemlich beträchtlichen von der Tagsatzung genehmigten Zolltarif hatte, und nebst dem die Bestreitung seiner Bedürfnisse und namentlich der kostbare Bergstraßenbau schwer und drückend auf ihm lasten, trägt die Kommission auf Genehmigung der abgeschlossenen Konvention an.

Folgende sind die Brückengelder bei Chessel und bei Colombey, so weit es Wallis betrifft,

- „ Bac d'Yllersart,
- „ Massongey,
- „ Lavey,
- „ Dutre Rhone,
- „ Bramois

und das Weggeld auf der neuen Straße nach dem Leukerbad bis 27. Juli 1878.

G e n f

empfangt für eine Bevölkerung von 58,666 Seelen Fr. 30,000 oder per Kopf circa Rp. 51 $\frac{1}{10}$ (nämlich Fr. 6,533. 60 mehr als Bg. 4 per Kopf).

Die Forderung Genfs besteht nach Abzug der nicht ausgelöseten Gebühren für Thorschluß und Brückengelder, in Fr. 47,239. 31 an Eingangs-, Ausgangs- und Durchgangszöllen. Da städtische Bevölkerungen weit mehr verzehren als nur ackerbautreibende, so vereinigte man sich hier für mit den Zöllen verbundene Konsumsgebühren auf die Abzugssumme von Fr. 17,239. 31 oder circa Rp. 29 $\frac{2}{5}$ per Kopf. Demnach ergab sich als vertragsgemäße Entschädigung die runde Summe von jährlich Fr. 30,000.

Die Kommission empfiehlt die Genehmigung des Vertrages.

Genf kann als nicht eingelösete Gebühren fortbeziehen:

Die Brückengelder über die Fußgängerdrahtbrücke von:

- a) St. Antoine und des Paquis;
- b) de Belair à la Coulevrière;
- c) des Terreaux du Temple;

über die Holzbrücke über die Arve die Fähre von Chaney.

Das Dctroi der Stadt Genf, das eine Konsumsgebühr ist.

Hauensteinzölle.

Der durchschnittliche Jahresertrag für den obern Hauenstein stellt sich auf Fr. 15,560. 06 und jener für den untern Hauenstein „ 10,422. 85 welche Summen an die betreffenden Stände Solothurn und Basel-Land so lange zu vergüten sind, bis das dießfällige Kapital sammt Zins getilget sein wird, was in ungefähr zwölf Jahren der Fall sein dürfte.

Der darüber abgeschlossene Vertrag wird von der Kommission zur Genehmigung empfohlen.

Linthzölle.

Die hierüber gestellte Rechnung ist klar und einfach. Die zur Entschädigung anzuerkennende Summe stellt sich nach dem Durchschnitt der fünf maßgebenden Jahre im Reinertrag jährlich auf Fr. 10,602. Die gesammte Reineinnahme geht auf Fr. 11,150 Davon mußte an die zu Grinau berech-

tigte Korporation vergütet werden „ 548

Die Linthschiffahrtskasse bezog daher . Fr. 10,602 Die Vergütung zu Fr. 10,600 angenommen geschieht unmittelbar zu Handen der Linthschiffahrtskommission und der Vertrag enthält Bestimmungen, die dafür sorgen, daß die Entschädigungssumme nicht anders, als zu Gunsten des Linthwerkes verwendet werden kann. Die Linthunternehmung erscheint in ihrer Großartigkeit als ein schönes Monument schweizerischer gegenseitiger Hülfsleistung; selber ist schon früher eidgenössische Würdigung zu Theil worden. Solche wird ihr dermalen um so weniger entzogen werden, als die gegenwärtige Bundes-

verfassung einen eigenen Artikel zu Unterstützung öffentlicher Werke enthält.

Die Kommission trägt auf Genehmigung der dießfällig abgeschlossenen Konvention an.

Dieser Vertrag schließt die Reihe der Ihrer Genehmigung oder Nichtgenehmigung vorgelegten Zollausslösungsverträge.

Da wir uns in diesem Berichte darauf beschränkt haben, nur das Wesentlichste der Verträge kurz anzuführen, so beziehen wir uns auf den buchstäblichen Inhalt derselben, sowie auf die dießfälligen Berichte des Bundesrathes, des Zoll- und Handelsdepartementes, des Herrn Nationalrathes Bischof und auf die sämtlichen Akten, die wir nach dem darüber gefertigten Verzeichnisse zu Ihren Händen beifügen.

Ueber die den Kantonen vertragsgemäß zukommenden Entschädigungen und deren Verhältniß zur Bevölkerung derselben gewährt die am Fuße dieses Berichtes beigebogene Tabelle eine Uebersicht.

Mag es vielleicht beim Anblick der dabei sich zeigenden höchst ungleichen Verhältnisse auffallen, daß wir bei allen Zollausslösungsverträgen, ohne Ausnahme, auf ihre Genehmigung antragen, so weisen wir auf die dafür angeführten Gründe hin, durch das Bewußtsein beruhiget, daß es weder aus Mangel an Untersuchung, noch aus schwächerer, tadelnswerther Gefälligkeit geschieht. Wir schwankten anfänglich in unsern Entschliessungen bezüglich einiger Kantone und würden gerne für die Eidgenossenschaft auf vortheilhaftere Abschlüsse gedrungen haben. Aber bei näherer Erdaurung der ganzen Sachlage und besonders bei Untersuchung des Fundamentes, auf welchem die Abzüge für mit den Zöllen vermischte Verbrauchssteuern

Uebersichtstabelle

über die
den Kantonen zukommenden Zollentschädigungen und deren Verhältnisse
zur Bevölkerung derselben.

Namen der Kantone.	Bevölkerung nach der Zählung von 1838.	Entschädigungs- summe.		Betreffniß derselben per Kopf.	
		Franken.	Rappen.	Franken.	Rappen.
Zürich	231,576	92,630	40	—	40
Bern	407,913	175,000	—	—	42 ⁹ / ₁₀
Luzern	124,521	49,808	40	—	40
Uri	13,519	54,000	—	3	99 ² / ₅
Schwyz	40,650	16,260	—	—	40
Obwalden	12,368	4,947	20	—	40
Nidwalden	10,203	4,081	20	—	40
Glarus	29,348	11,739	20	—	40
Zug	15,322	6,128	80	—	40
Freiburg	91,145	37,000	—	—	40 ³ / ₅
Solothurn	63,196	32,000	—	—	50 ³ / ₅
Basel=Stadt	24,321	104,000	—	4	27 ³ / ₅
Basel=Land	41,103	45,400	—	1	10 ¹ / ₂
Schaffhausen	32,582	46,000	—	1	40 ¹ / ₅
Appenzell Auser=Rhodon	41,080	16,432	—	—	40
Appenzell Inner=Rhodon	9,796	3,918	40	—	40
St. Gallen	158,853	118,000	—	—	74 ¹ / ₅
Graubünden	84,506	210,000	—	2	48 ¹ / ₂
Nargau	182,755	107,000	—	—	58 ¹ / ₂
Thurgau	84,124	45,000	—	—	53 ¹ / ₂
Tessin	113,923	190,000	—	1	66 ¹ / ₅
Vaudt	183,582	152,000	—	—	82 ³ / ₅
Valais	76,590	70,000	—	—	91 ² / ₅
Neuenburg	58,616	23,446	40	—	40
Genf	58,666	30,000	—	—	51 ¹ / ₁₀
Gesamtbevölkerung	2,190,258				
Hauensteinzölle		25,982	91 ¹ / ₂		
Eintzölle		10,600	—		
Für die Schneebruchkosten über den Gotthard		18,625	08 ¹ / ₂		
Gesamtbetrag der Zollentschädigungen Fr.		1,700,000	—		

Obige Kopfbetreffnisse
sind außer den Ansätzen
von 40 Rappen nur ans-
nähernd genau.

beruhen, und der Zugemütheführung der Schwierigkeiten, die aus einer längern Nichterledigung der bisherigen Anstände entsündten, gewannen wir die vollendete Ueberzeugung, daß eine beförderliche, durchgängige Genehmigung der betreffenden Verträge sowohl der Eidgenossenschaft, als den Kantonen fromme. Der Eidgenossenschaft, weil dann doch die von den Kantonen zugegebenen Abzüge in der Zusammenrechnung nicht unbedeutend sind; den Kantonen, weil selben mit geringen Entschädigungssummen einzig für ausgemittelte Transitgebühren nicht gebient gewesen wäre, ungeachtet der ihnen in diesem Falle gebliebenen Befugniß zu einer Menge Fortbezüge auf eigenem Verbrauch. Neben dem eidgenössischen Grenzzolle hätten sich solche angehäuften kantonale Bezüge zu einem wahren Urding gestempelt. Es ist in die Augen springend, daß eine möglichst ausgedehnte Auslösung der kantonalen Zölle und eine die allseitigen Interessen schonende Abfindung darüber der Eidgenossenschaft, wie den Kantonen, schlechterdings zur Nothwendigkeit geworden sind. Dieß das Hauptmotiv unserer Anträge.

Bisdahin haben wir nur von der Genehmigung, nicht aber von der Genehmigungsformel gesprochen. Der Bundesrath schlägt solche in folgender Weise vor:

„Es wolle die hohe Bundesversammlung die mit den „Kantonen und mit der Linthschiffahrtskommission abgeredeten Uebereinkünfte über die Zollabtretungen und bisherigen Entschädigungen in der Weise genehmigen, daß die in Vertragsform stattfindende Ausführung der auf die Zollverhältnisse bezüglichen Verfassungsbestimmungen die rechtliche Stellung des Bundes und der Kantone, wie sie im Sinn und Geist der Bundesverfassung liegt, in keiner Weise verändere, und es sei demnach

„der Bundesrath beauftragt, in dieser Weise die Ueber-
 „einkünfte zur gegenseitigen Auswechslung definitiv aus-
 „fertigen zu lassen, und die Ratifikation Namens des
 „Bundes beizuschreiben.“

Die Kommission stimmt zu dieser Fassung, weil sie dafür hält, es sei durch selbe ausdrücklich vorgebogen, daß nicht in irgend einer Zukunft aus den Konventionen geschlossen werden wolle, als wären sie privatrechtlicher Natur und es dürfe selbst im Fall einer Bundesrevision nichts an den daherigen, vertragsgemäß eingegangenen Verpflichtungen ohne Einstimmung der Kontrahenten geändert werden. Darüber darf kein Zweifel bleiben, diese Konventionen ruhen auf der Basis des Bundes, ändert diese, so werden auch die Ableitungen daraus berührt.

Mit der Zeit könnte ein gerechteres und billigeres Verhältniß für Vertheilung der Zollertragnisse eintreten. Während der ganzen Dauer des 1815er-Bundes, und schon früher bei der Mediationsakte wurden die Uebelstände und ungleichen Berechtigungen in den Zollsachen wahrgenommen und eine allgemeine Zollrevision vorbehalten. Bevor eine solche umfassend zu Stande kam, hat die neue Bundesverfassung, zwar unter einiger Modifikation, als Maßstab der Zollentschädnisse den bisherigen, wesentlich noch unrevidirten Zollbezug anerkannt. Dagegen läßt sich für einmal nichts einwenden. Man hat diese Bestimmung bei Errichtung des neuen Bundes mit in Kauf genommen, und beim damaligen Drang der Umstände nothwendig in Kauf nehmen müssen. In jenem kritischen Momente handelte es sich um Höheres und die Erzielung des Bundes war des dafür gebrachten Opfers wohl werth. Die durch die angenommene Vertheilungsweise der Zollentschädnisse im Nachtheil bleiben-

den Kantone werden dieses Opfer um so weniger bereuen, als sie bedenken, daß es von Eidgenossen zu Eidgenossen und nicht außer die Eidgenossenschaft getragen wird.

Auch sind beim weitern Nachdenken über die verschiedenen Zustände der Kantone die Zollentschädigungsdifferenzen nicht in solchem hohen Grade auffallend und verlegend, wie sie beim ersten Anblick der bloßen Kopfsahlverhältnisse erscheinen mögen. Etwelcher Mehrbezug als nach dem Maßstab der Kopfsahl erklärt und rechtfertigt sich hauptsächlich in Berücksichtigung des auf einigen Kantonen lastenden sehr kostspieligen Bergstraßenbaues und Unterhaltes. Noch andere kantonale Verhältnisse dürften in einem gewissen Maße Unterschiede über das Verhältniß der Kopfsahl hinaus begründen.

Man entnehme aus unserm Tone und unserer Mäßigung, daß wir keineswegs beabsichtigen, dießfällige Mißstimmung und Unzufriedenheit zu erzeugen. Allein beim gegenwärtigen Anlasse schien es uns angemessen, die berührte Thatsache nicht stillschweigend zu übergehen, sondern sie als ein vorhandenes Uebel zu bezeichnen, welches die verhältnißmäßig gleiche Berechtigung der Kantone zu den schweizerischen Zöllen verletzt. Wir machen wahr und ernst darauf aufmerksam und stellen dem unaufhaltbaren Fortschritt der Zeit die Auffindung der Mittel anheim, diesem Uebelstande abzuhelpen. Eine dießfällige Abhülfe sollte erfolgen, früher oder später nothwendig erfolgen; selbe fordert die Gerechtigkeit — die rechtliche Gleichstellung aller Glieder im Bunde.

Unsere Rede fließt nicht aus niedriger Mißgunst gegen die durch die gegenwärtige Vertheilung der Zollertragnisse begabtern Stände, nicht aus irgend einem kantonalen Gesichtspunkte, wir reden im Interesse der ge-

sammten Eidgenossenschaft, in der lebendigen, und durchdringenden Ueberzeugung, daß, je mehr sich unsere Zustände auf Recht und Gerechtigkeit gründen, je weniger Benachtheiligungen einzelner Bundesglieder zum Vorschein kommen, desto kräftiger werde sich unser Bund entwickeln und desto sicherer in unabsehbare Zeiten hinaus dauern. Möge er gedeihlich, sich stets nach Bedürfnissen vervollkommnend, fortbestehen und es ihm gelingen, anstößige und verletzende Verhältnisse im Vaterlande immer mehr und mehr zu beseitigen und über dasselbe und alle seine Theile reichen Segen zu spenden!

Mit diesem Wunsche schließen wir und empfehlen Ihnen, Herr Präsident, Herren Nationalräthe! abermal die Genehmigung der vorgelegten Verträge in Verbindung mit der vom Bundesrathe angerathenen Genehmigungsweise und der dabei für den Kanton Graubünden speziell beigefügten Bemerkung.

Bern, im April 1850.

Die Mitglieder der Kommission:

G. J. Sidler, Berichterstatter.

J. J. Sutter.

F. Wirz.

J. Girard.

Herr Schultheiß **Kopp** konnte wegen Unwohlsein an den Beratungen der Kommission keinen Theil nehmen.

Aus den Verhandlungen des Bundesrathes
vom 10. April 1850.

Der Bundesrath hat beschlossen:
in Roveredo,
St. Antonin,
Schlapin,
Nebenzollstätten zu errichten, welche demnach ehestens
eröffnet werden sollen.

B e r i c h t i g u n g .

In Nr. 16 des Bundesblattes, - Seite 271, Zeile 5
von unten, lies Vortheil statt Vorrecht, und Zeile 4
von unten lies Vorrecht statt Vortheil.

Bericht der vom Tit. Nationalrathe niedergesetzten Kommission zur Prüfung der Zollauslösungsverträge mit den Kantonen.

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1850
Année	
Anno	
Band	1
Volume	
Volume	
Heft	17
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	16.04.1850
Date	
Data	
Seite	277-310
Page	
Pagina	
Ref. No	10 000 307

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.